

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Executive Summary	7
1. Wandel im Charakter internationaler Friedensoperationen	11
2. Internationale Friedensoperationen als Element der türkischen Außenpolitik	13
3. Türkei – GSVP; Friedenspolitische Kooperation	19
EUFOR ALTHEA	21
EUPM BiH (European Police Mission in Bosnia and Herzegowina)	22
EULEX KOSOVO (European Union Rule of Law Mission in Kosovo)	23
FYROM (Former Yugoslav Republic of Macedonia)	24
CONCORDIA	24
EUPOL PROXIMA (EU Police Mission in the Former Yugoslav Republic of Macedonia)	24
EUPOL KINSHASA	25
EUFOR RD (Republique Democratique) CONGO	26
4. Türkei – UNO; Starkes Engagement	27
UNIFIL II (United Nations Interim Force in Lebanon)	28
UNMIK (United Nations Mission in Kosovo)	33
MINURCAT (United Nations Mission in the Central African Republic and Chad)	33
UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan)	34
UNMIS (United Nations Mission in the Sudan)	35
UNOCI (United Nations Operation in Cote d’Ivoire)	35
UNMIL (United Nations Mission in Liberia)	36
MONUSCO (United Nations Stabilization Mission in the Democratic Republic of Congo)	36
MINUSTAH (United Nations Stabilization Mission in Haiti)	37
UNMIT (United Nations Integrated Mission in Timor-Leste)	37

5. Türkei – NATO; Bündnistreue	39
ISAF (International Security Assistance Force)	40
KFOR (Kosovo Force)	46
NATO Training Mission Irak (NTM-I)	46
IFOR (Implementation Force)	47
SFOR (Stabilization Force)	47
Essential Harvest	48
Amber Fox	48
Allied Harmony	49
6. Schlussbemerkungen und Ableitungen	51
Derzeitige Beteiligung der Türkei an internationalen Friedensoperationen	55
Tabellarische Übersicht	56
Quellennachweis	57

* Die technische Umsetzung der Studie erfolgte durch Christian M. Huber.

Vorwort

Wie das erste Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende zeigte ist Konflikt- und Krisenmanagement zu einem fixen Bestandteil der internationalen Politik geworden. Die Beteiligung an Maßnahmen der Staatengemeinschaft zur Erhaltung oder Herstellung des internationalen Friedens und Sicherheit stellt dabei für viele Staaten einerseits eine Möglichkeit dar, ihre Solidarität unter Beweis zu stellen, andererseits liegt es auch oft im ureigensten Interesse einzelner Länder, Stabilität in der Umgebung zu erzielen und negative Überschwappeffekte wie Flüchtlingsströme oder Waffenschmuggel aus der Nachbarschaft zu verhindern. Darüber hinaus bietet die Mitwirkung an internationalen Friedensmissionen auch die Möglichkeit, politisch gestaltend zu wirken und die „internationale Bühne“ zur eigenen Darstellung zu nutzen.

Die Darstellung der Präsenz sowie die Dokumentation des Willens, einen der Größe und der Bedeutung des eigenen Landes entsprechenden Beitrag zu leisten, sind wohl auch die wesentlichen Treiber für die Beteiligung der Türkei an internationalen Friedenseinsätzen. Der Regionalmacht mit globalen Ambitionen geht es dabei sowohl um Visibilität als auch um eine nachhaltige Stabilisierung seiner Nachbarschaft. Die Türkei liegt nicht nur an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien, sie ist auch von vielen Konflikten in unmittelbarer Nachbarschaft betroffen. Die Entwicklungen im Irak, in Syrien, im Südkaukasus, im Libanon oder im israelisch-palästinensischen Dauerkonflikt haben auch immer direkte oder indirekte Folgen für Ankara. Dass eine positive Rolle der Türkei auch deren Ambitionen hinsichtlich der angestrebten EU-Mitgliedschaft unterstützen soll sei der Vollständigkeit halber ebenso festgehalten.

Nachdem internationales Konflikt- und Krisenmanagement in der Regel mit einem Mandat des Sicherheitsrats der VN versehen ist und regionale Organisationen wie bspw. die NATO, die EU oder die OSZE um die operative Durchführung ersucht werden, kommt der Mitgliedschaft in diesen Sicherheitsorganisationen wesentliche Bedeutung zu. Das „alte“ NATO-Mitglied Türkei befindet sich dabei im Gegensatz zu den meisten

anderen Staaten in der Situation, nicht auch Vollmitglied der EU zu sein. Im Zusammenwirken dieser beiden bedeutendsten europäischen Institutionen kann dies von entscheidender Bedeutung sein, wenn es um die Nutzung von NATO-Einrichtungen durch die EU geht. Hier dringt des Öfteren der Vorwurf an die Öffentlichkeit, dass die Türkei – wie auch Zypern und Griechenland – nationale Interessen in den Vordergrund stellt, ihre Einspruchs-möglichkeiten ausschöpft und zu einem Bremsklotz werden kann.

Ungeachtet dessen kommt Marius Calligaris, österreichischer Botschafter i.R. und assoziierter Forscher am IFK, im vorliegenden Band zu dem Schluss, dass die Türkei ein wertvoller und zuverlässiger Partner der Staatengemeinschaft ist und einen ausgewogenen Beitrag in den verschiedenen Sicherheitsorganisationen leistet. Das türkische Engagement folgt dabei dem neuen außenpolitischen Konzept, das auch eine starke Vermittlerrolle, insbesondere im Nahen Osten, vorsieht. Abgesehen von der anerkannten Professionalität und Leistungsfähigkeit des türkischen Militärs weist der Autor vor allem auf den Aspekt der besonderen kulturellen Kompetenz hin. So finden türkische zivile und militärische Kräfte in Missionen und Operationen vor allem aufgrund ihrer Religion in islamischen Gebieten rasch Zugang zur lokalen Bevölkerung und genießen in der Regel größeres Vertrauen als „westliche“ Akteure. Sie verfügen somit vielfach über einen gewissen Mehrwert, der bei strategischen Planungen Berücksichtigung finden könnte.

Die vorliegende Broschüre stellt primär ein Nachschlagewerk dar, in dem die vielfältige und umfassende Mitwirkung der Türkei an internationalen Friedenseinsätzen dokumentiert wird. Weiterführende Aspekte wie etwa zukünftige Engagements, inhaltliche und regionale Prioritäten oder Kooperationsmöglichkeiten aus europäischer Perspektive wurden dabei vorerst bewusst ausgeklammert. Sie sollen Gegenstand der weiteren Bearbeitungen sein und in einem Folgeband dargestellt werden.

Der Leiter IFK
Walter Feichtinger

Executive Summary

- Charakter und Zweck von internationalen Friedensoperationen haben sich im Laufe der Zeit geändert. Während der Zeit des Kalten Krieges dienten diese der Eindämmung lokaler Konflikte und der Regelung zwischenstaatlicher Spannungen. Nach Ende der großen West-Ost-Spannung kam es zu einer Neudefinition des Sicherheitsbegriffes, welcher nunmehr neben internen Krisen auch die neuen Bedrohungsbilder wie Terrorismus, religiöse Spannungen, organisierte Kriminalität, die Verletzung der Menschenrechte etc. miteinschließt. Die internationale Sensibilität gegenüber instabilen Regierungen und fragilen Staaten hat zugenommen. Die Anzahl der internationalen Friedensoperationen hat sich in den letzten 15 Jahren deutlich erhöht.
- Während des Kalten Krieges gab es (Ausnahme Korea-Krieg) keine Teilnahme der Türkei an internationalen Friedensoperationen, da diese als potentielle Quelle eines verschärften West-Ost-Konfliktes angesehen wurden. Als Hauptbedrohung für die türkische Sicherheit galt der sowjetische Expansionismus.
- Nach dem Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens wurden lokale Konflikte am Balkan und dem Süd-Kaukasus in Ankara als Gefahr für die eigene Sicherheit angesehen, ebenso wie die in Absatz 1 angeführten neuen Bedrohungsbilder.
- Weitere Hauptmotive für die Beteiligung der Türkei an Friedenseinsätzen sind das Bestreben, sich auch nach Ende des Kalten Krieges die fortdauernde Identität als wertvolles Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft zu dokumentieren, die strategische Verbundenheit mit den USA zu beweisen und den türkischen Mehrwert für die Sicherheit des Westens auch gegenüber der EU – mit Hinblick auf die Beitrittsambitionen Ankaras – unter Beweis zu stellen. Hierzu kommt das Bemühen,

durch eine pro-aktive Außenpolitik zu einem Global Player zu werden und den eigenen Stellenwert im Einsatzgebiet der Friedensoperationen zu erhöhen. Dies führt zur Teilnahme an Missionen auch in Weltgegenden, in welchen die Türkei keine direkten Interessen hat.

- Im Rahmen der GSVP ist die Türkei als teilnehmender Drittstaat derzeit in einer militärischen Operation und zwei zivilen Missionen am Balkan tätig und war in der Vergangenheit in Mazedonien und der Demokratischen Republik Kongo an jeweils einer abgeschlossenen militärischen Operation und zivilen Mission beteiligt.
- Unter den UN-Friedensmissionen nimmt die Teilnahme an UNIFIL II (Libanon) den prominentesten Platz ein, darüber hinaus ist die Türkei in neun weiteren Operationen tätig.
- Hinsichtlich der NATO steht die Beteiligung an ISAF (International Security Assistance Force) bei weitem an erster Stelle. Vertreten ist die Türkei außerdem in KFOR (Kosovo Force) und der NATO Training Mission Irak, sie hat in der Vergangenheit an drei abgeschlossenen NATO-Operationen am Balkan teilgenommen.
- Deutliches Charakteristikum der türkischen Teilnahme an Friedensoperationen ist die Tatsache, dass substantielle Beiträge Ankaras vor allem in Ländern mit moslemischer Bevölkerung (oder zumindest einem großen Anteil an dieser) geleistet werden, so am Balkan, im Libanon und in Afghanistan. Hiebei soll die Verbundenheit mit jener zum Ausdruck kommen.
- Türkische Soldaten und Zivilisten finden dabei angesichts des besseren Verständnisses und des Eingehens auf Kultur und Traditionen besseren Zugang zur lokalen Bevölkerung, welche den Glaubensbrüdern grösseres Vertrauen entgegenbringt als Vertretern westlicher Staaten. Das türkische Engagement gestaltet

sich auf militärischem und zivilem – vor allem humanitärem – Gebiet als glaubwürdig.

- In moslemischen Staaten trägt die Teilnahme der Türkei an Friedensoperationen zu deren Akzeptanz bei. Diese werden, so in Afghanistan, nicht quasi als Clash of Civilizations angesehen.
- Von EU-Seite wird die Zusammenarbeit mit der Türkei in GSVP-Missionen als positiv und konstruktiv angesehen.
- Die Problematik der Zusammenarbeit EU – NATO behindert teilweise die Kooperation in Gebieten, in welchen beide Organisationen im Einsatz sind.
- Der hohe professionelle Standard der türkischen Streitkräfte wird in der EU, den UN und seitens der NATO geschätzt. Die praktische Kooperation in Operationsgebieten wird manchmal durch die zentralistisch ausgerichtete türkische Entscheidungskette beeinträchtigt, die lokalen Kommandanten relativ wenig Flexibilität einräumt.
- Österreich hat im Rahmen internationaler Friedensoperationen gute Erfahrungen betreffend die Zusammenarbeit mit Ankara. Es sollte daher die Kooperation insbesondere in Einsatzgebieten gesucht werden, in welchen einerseits die Türkei als moslemischer Staat und andererseits Österreich auf Grund seines Ansehens einen hohen Stellenwert genießen, wie am Balkan oder im Nahen Osten, woraus Synergie-Effekte erzielt werden könnten.

1. Wandel im Charakter internationaler Friedensoperationen

Als Vorbemerkung sei festgehalten, dass im Rahmen der nachstehenden Ausführungen sich der Terminus Friedensoperationen sowohl auf friedensschaffende, als auch auf friedensfördernde oder friedenserhaltende Operationen bezieht. Eine Unterscheidung wird nicht vorgenommen.

Charakter und Zweck internationaler Friedensoperationen haben sich im Laufe der Zeit gewandelt. Zur Zeit des Kalten Krieges hatten sie überwiegend den Hauptzweck der Eindämmung lokaler Konflikte, der Regelung zwischenstaatlicher Spannungen, der Trennung von Kriegsparteien bzw. der Herstellung der Balance zwischen diesen, etc. Die Zustimmung der betreffenden Staaten für die Aktion war grundsätzlich notwendig, deren innere Stabilität jedoch kein prioritäres Thema. Die Operationen wurden unter Einsatz proportionaler Gewalt und mit meist leichter Bewaffnung durchgeführt. Die Großmächte USA und Sowjetunion beteiligten sich nicht. Es handelte sich eher um Operationen des Konfliktmanagements als der Konfliktlösung.

Nach Ende der großen Spannung zwischen Ost und West bekamen internationale Friedensoperationen – meist – den Charakter westlicher Sicherheitsinitiativen. Krisenhafte Entwicklungen, insbesondere am Balkan, aber auch im Kaukasus nach der Auflösung Jugoslawiens bzw. der Sowjetunion führten im Westen zu einer Neudefinition des Begriffes der Sicherheit, die man durch die neuen Konflikte als gefährdet ansah. In den Vordergrund rückten weniger zwischen – als vielmehr innerstaatliche Konflikte, ausgelöst durch ethnische, soziale oder religiöse Spannungen sowie Terrorismus, die Verletzung der Menschenrechte, Migration, ungleiche Ressourcenverteilung, organisierte Kriminalität, etc. Der UN-Sicherheitsrat begann, interne Kriege, ethnic cleansing, Genozid und humanitäre Katastrophen als Bedrohung für den Frieden und die internationale Sicherheit und

Stabilität gemäss Kapitel VII der UN-Charter einzustufen. Zweck internationaler Friedensoperationen sind heute die Umwandlung von Konflikt- oder Problemzonen in Gebiete mit einem funktionierenden Staatswesen und liberal-demokratischen System. Regierungen, welche die Grundrechte der Bevölkerung verletzen, werden international – zumindest seitens der westlichen Staatengemeinschaft – quasi als illegal und als Quelle von Spannungen und Unsicherheit angesehen. Nach dem 11. September 2001 hat die internationale Sensibilität gegenüber Failed States und instabilen Regierungen, welche die Ordnung im eigenen Land nicht aufrechterhalten können oder wollen, deutlich zugenommen. Aufgaben von internationalen Friedensoperationen umfassen nunmehr hauptsächlich nationale Versöhnung, den Schutz der Menschenrechte, die Organisation und Überwachung von Wahlen sowie humanitäre Aufgaben. Die Herstellung bzw. Aufrechterhaltung westlicher Standards und die Übertragung dieser Werte auf nicht-westliche Länder mit unterschiedlicher Kultur und Tradition erweist sich in der praktischen Durchführung hierbei immer wieder als problematisch.

Zu diesen Ausführungen muss allerdings einschränkend bemerkt werden, dass die Unterscheidung des Charakters von internationalen Friedensoperationen vor bzw. nach Ende des Kalten Krieges nur mit Einschränkung vorgenommen werden kann. So zielte der UN-Einsatz im Kongo 1960 vor allem auf die Stabilisierung des Landes ab. Jener der UNIFIL 1978 diente zwar der Wiederherstellung der Autorität der libanesischen Regierung, hatte jedoch die Rückkehr zu Frieden und Sicherheit, d.h. den Rückzug der israelischen Truppen und die Trennung der Konfliktparteien Israel und PLO, zum Hauptzweck. Desgleichen umfasst das neue Mandat der UNIFIL II seit 2006 im Wesentlichen die Hintanhaltung eines neuen internationalen Konfliktes durch die Verhinderung bewaffneter Milizen im Süd-Libanon sowie die Unterbindung von Waffenlieferungen an die Hisbollah, u.a. auch durch Überwachung der libanesischen Küste.

Die Anzahl der internationalen Friedensoperationen hat in den letzten 15 Jahren deutlich zugenommen. In diesem Lichte sind auch der Ausbau der Krisenmanagement-Kapazitäten der NATO sowie die Entwicklung von GSVP-Friedensoperationen zu sehen.

2. Internationale Friedensoperationen als Element der türkischen Außenpolitik

Während des Kalten Krieges gab es keine Teilnahme der Türkei an internationalen Friedensoperationen, obwohl 13 derartige Einsätze im Nahen Osten, also in deren unmittelbarem Sicherheitsumfeld, stattfanden. Eine Ausnahme bildete der Korea-Krieg 1950-1953, an welchem sich die Türkei mit einer Brigade von 15.000 Mann auf Rotationsbasis beteiligte. Es handelte sich – sieht man von der Invasion Zyperns 1974 ab – um die einzige Entsendung türkischer Truppen zu einem Kampfeinsatz ins Ausland.

Grund für diese Inaktivität war die Tatsache, dass während der großen Ost-West-Konfrontation die türkische Außenpolitik nicht über den durch diese gesetzten Parameter hinausging. Die türkische Haltung gegenüber Friedensoperationen war durch die Mitgliedschaft in der NATO sowie deren Skepsis bzw. jener der USA gegenüber solchen Aktionen geprägt, welche als potentielle Möglichkeit gefährlicher Konfrontationen zwischen dem Westen und der Sowjetunion angesehen wurden. Durch Nichtteilnahme an Friedensoperationen wollte man türkischerseits auch eine allfällige Provokation Moskaus vermeiden. Außerdem erachtete die Türkei ihre internationalen Sicherheitsinteressen als durch die NATO zufriedenstellend geregelt. Beziehungen zwischen der eigenen Sicherheit und der internationalen Lage anderer Staaten wurden kaum hergestellt. Sicherheit bedeutete für Ankara der Schutz der Landesgrenzen, die Aufrechterhaltung der inneren Stabilität und das Bestreben, internationale Spannungen zu vermeiden bzw. sich von ihnen fernzuhalten. Dies entsprach nicht zuletzt der Doktrin, dass die Hauptbedrohung des Landes vom sowjetischen Expansionismus ausgehe.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion sowie auch Jugoslawiens kam es zu einer Änderung der strategischen Landschaft in Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasiens und dem Ausbruch ethnisch-nationaler sowohl lokaler, als auch regionaler Konflikte, die türkischerseits als

Bedrohung für die eigene Sicherheit angesehen wurden. Dies führte zur Teilnahme an internationalen Friedensoperationen, was als für die eigene Sicherheit notwendig angesehen wurde. Als neue Bedrohungsbilder begannen sich auch im strategischen Konzept Ankaras zu etablieren: ethnischer Nationalismus, religiöser Fundamentalismus, Terrorismus, wirtschaftliches Ungleichgewicht, illegaler Waffen- und Drogenhandel, Flüchtlingsproblematik, illegale Migration, organisierte Kriminalität sowie die Gefahr der Verbreitung von MVW (Massenvernichtungswaffen).

In diesem Lichte erklärt sich die Teilnahme der Türkei an Friedensoperationen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo (siehe hierzu in den Abschnitten 3: Türkei-GSVP bzw. 4: Türkei-NATO). Diese war von Anfang an wohl auch von dem Bestreben geleitet, die eigene Rolle als regionaler Faktor am Balkan zu etablieren, dies vermutlich nicht zuletzt auch mit Blickrichtung auf Griechenland. Gleiches gilt für das türkische Engagement in den Konflikten im Südkaukasus. Die Probleme in Abchasien, Süd-Ossetien und Nagornij-Karabach werden als die eigene Sicherheit beeinträchtigend erachtet. Ankara sucht jedoch dadurch auch den eigenen Stellenwert in dieser Region auszubauen und zu einem gewissen Gegengewicht zu Russland zu werden. Sowohl am Balkan, als auch im Kaukasus kommt hierbei die Doktrin von Außenminister Davutoglu zur Anwendung, wonach durch außen- und sicherheitspolitisches Tätigwerden die eigene Bedeutung und der Einfluss in der betreffenden Zone erhöht werden kann.

Insgesamt hat die türkische Teilnahme an internationalen Friedensoperationen am Balkan und im Südkaukasus nicht nur zur Herstellung bzw. der Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität, dem Abbau von Spannungen, der Eindämmung der entsprechenden Konflikte, der Unterstützung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, sondern auch zur Stärkung der eigenen Sicherheit mitbeigetragen. Die Türkei hat dies jedoch zudem, insbesondere auf dem Balkan, dazu benützt, ihre Beziehungen zu den Staaten dieser Region auszubauen und ihr Prestige zu erhöhen (eine nähere Betrachtung dieses Umstandes würde über den Charakter des vorliegenden Papiers hinausgehen).

Der Entscheidung der Türkei, nach Ende des West-Ost-Konfliktes an internationalen Friedensoperationen teilzunehmen, liegt vermutlich noch ein anderes Motiv als die obgenannten neuen Bedrohungsbilder zugrunde: Seit Gründung der Republik Türkei war die Regierung in Ankara stets bestrebt, durch die internationale Staatengemeinschaft als Teil der westlichen Welt, sowohl zivilisatorisch und kulturell, als auch vor allem politisch anerkannt zu werden. Während des Kalten Krieges war es angesichts der geographischen Lage relativ einfach, ja quasi vorgegeben, die Rolle eines Bollwerks des Westens gegenüber der Sowjetunion innezuhaben. Die Türkei leistete durch ihre Mitgliedschaft in der NATO ihren Beitrag zur Sicherheit des Westens gegen die Bedrohung aus Moskau. Identität und Interessen der eigenen Sicherheit entsprachen jenen der westlichen Staatengemeinschaft. Das Jahr 1991 und das de facto Ende der militärischen West-Ost-Spannung brachten eine gewisse Schwächung dieser Stellung. Aktive Beteiligung an – meist durch die westlichen Staaten initiierte – Friedensoperationen wurde in Ankara als geeignetes Mittel erachtet, die fortdauernde Identität der Türkei als Teil dieser Staatengemeinschaft zugehörig unter Beweis zu stellen. Hiedurch sollte der potentiellen Gefahr einer sicherheitspolitischen Marginalisierung und der Verminderung der eigenen geostrategischen Bedeutung begegnet werden. Letztere hätte wohl auch zu einer Verringerung der westlichen Hilfe geführt. Die Türkei wollte und konnte somit bei internationalen Friedensoperationen nicht abseits stehen. So bot beispielsweise der Golfkrieg 1990/1991 eine Gelegenheit, sich als wertvoller Verbündeter des Westens zu profilieren. Die Türkei spielte dabei eine wichtige Rolle in der von den USA geführten Koalition gegen Saddam Hussein – sehr zum Unterschied übrigens zur türkischen Haltung im zweiten Krieg gegen den Diktator im Irak 2003, in welchem Ankara nicht an der Militäraktion teilnahm und den USA auch den Durchmarsch in den Nord-Irak verweigerte.

In obigem Sinne soll auch die türkische Beteiligung an ISAF die strategische Verbundenheit mit den USA unter Beweis stellen, die Zurverfügungstellung von Truppen für die vor allem aus Verbänden von EU-Mitgliedstaaten zusammengesetzte UNIFIL II die Solidarität mit der Union zum Ausdruck bringen. Auf beide Operationen wird in der Folge noch näher eingegangen werden.

Aus diesen Gründen kam es im Laufe der Jahre auch zur Teilnahme an Friedensoperationen, welche nicht direkt die strategischen Interessen der Türkei oder die eigene Sicherheit betrafen, wie etwa in Somalia, der Demokratischen Republik Kongo, Osttimor oder Haiti. Der damalige türkische Präsident Demirel meinte schon 1992 in einem Interview zum Engagement in UNOSOM II in Somalia, wenn die Türkei ein wichtiger Staat auf der internationalen Bühne sein wolle, dürfe man nicht fragen, was ihre Interessen dort seien.

In diesem Zusammenhang sind auch die EU-Ambitionen Ankaras zu berücksichtigen: Die Türkei ist grundsätzlich bestrebt, gegenüber der EU die weitreichende Konvergenz der sicherheitspolitischen und strategischen Interessen sowie den eigenen Mehrwert für die Sicherheit des Westens und Europas unter Beweis zu stellen und den Vorteil der Bereitstellung der großen eigenen militärischen Kapazitäten für die GSVP zu betonen, um so ein Argument für den Beitritt zur Union ins Treffen führen zu können. Ein positives Ergebnis dieser Bemühungen ist bisher nicht feststellbar, wenn man seitens der EU auch der gewachsenen Bedeutung der Türkei auf dem internationalen Parkett offensichtlich immer bewusster wird.

Insgesamt sucht Ankara seit 1991 Signale zu setzen, dass die Türkei ein verlässliches und verantwortungsvolles Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft ist und ein Sicherheits- und Stabilitätsproduzent in Krisenregionen sein kann. Hierzu kommt der oben angeführte quasi zusätzliche „EU-Aspekt“. Wenn es auch vor Regierungsübernahme durch die AKP 2002 die Beteiligung an internationalen Friedensoperationen gab, so reflektiert diese derzeit auch den Wandel in der türkischen Außenpolitik und das Postulat von Außenminister Ahmed Davutoglu nach einer pro-aktiven und „rhythmischen“ Außenpolitik, d.h. dem stärkeren Engagement in internationalen Organisationen, womit Ankara seine angestrebte Rolle nicht nur als regionaler, sondern auch als Global Player unter Beweis stellen will. Die Teilnahme an internationalen Friedensoperationen wird in Ankara außerdem als Mittel erachtet, die bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Staaten zu intensivieren, in denen die jeweiligen Operationen stattfinden. Beispiele sind der Balkan , der Libanon und Afghanistan

(siehe hierzu in den Abschnitten 3: Türkei-GSVP , 4: Türkei-UN sowie 5: Türkei-NATO).

Angesichts der Teilnahme an internationalen Friedensoperationen sah sich die Türkei veranlasst, spezifische militärische Kapazitäten für derartige Einsätze zu entwickeln, welche auch Eingang in die türkische Sicherheitsstrategie gefunden haben. Dies hat zur Modernisierung der Streitkräfte beigetragen. Im Generalstab existiert eine eigene Abteilung für die Beteiligung an Friedenseinsätzen, welche entsprechende Spezial-Trainingsprogramm, u. a. auch intensive Englischkurse veranlasst und die Erfahrungen mit Truppen anderer Staaten bei internationalen Friedensmissionen auswertet. Der spätere türkische Generalstabschef (1998-2002) Kivrikoglu erklärte in den 90er-Jahren, Aufgabe der Streitkräfte sei nicht nur der Schutz vor direkter äußerer und innerer Bedrohung, sondern auch der rasche Einsatz in entfernten Gegenden zur Abwehr allenfalls entstehender Gefahren. Er wies hierbei auf die Wichtigkeit der strategischen Mobilität für internationale Operationen hin. Gemäss einem Weissbuch des türkischen Verteidigungsministeriums aus dem Jahre 2000 beruht die türkische Militärstrategie auf vier Elementen: Abschreckung, kollektive Sicherheit, Vorwärtsverteidigung und Beitrag zum internationalen Krisenmanagement durch Intervention. Letztere beiden Punkte stellen eine Abweichung vom früheren strategischen Konzept bzw. dessen Ergänzung dar.

Im Jahre 2008 hat der damalige türkische Generalstabschef Büyükanıt in einem Artikel die wesentlichen – auch nicht rein militärischen – Bedingungen für den Erfolg von Friedensoperationen wie folgt zusammengefasst.

- politische, militärische und wirtschaftliche Aktivitäten müssen koordiniert einhergehen, um Synergieeffekte zu erzielen.
- Kriterien für den Erfolg der Operation müssen ausgearbeitet werden, inklusive Exit Strategy und die Bedingungen hierfür.
- Zwecks Kommunikation mit der Bevölkerung vor Ort ist der Einsatz von Dolmetschern, welche die lokale Sprache beherrschen und mit Traditionen und Sitten vertraut sind, von entscheidender Bedeutung.

- Lokale Bedingungen und Gegebenheiten für die zu entsendenden Truppen müssen erhoben werden.
- Der Informationsaustausch zwischen den einzelnen Teilnehmerstaaten der Operation muss genau koordiniert werden.
- Das Verhältnis zwischen nationalen und internationalen Kommanden muss klar definiert sein und der Multinationalität des Head Quaters Beachtung geschenkt werden
- Tradition, Kultur und Operationsweise jeder Armee müssen von den anderen Teilnehmern an der Operation verstanden werden.

3. Türkei – GSVP; Friedenspolitische Kooperation

Angesichts der Zunahme der Anzahl der GSVP-Operationen und ihres unterschiedlichen Charakters und Einsatzgebietes ergeben sich für die EU Schwierigkeiten, diese lediglich mit den Kapazitäten der 27 EU-Mitgliedstaaten durchzuführen bzw. geeignetes Personal zu rekrutieren. Im Sinne eines burden sharings strebt die EU aus politischen und operationellen Gründen somit grundsätzlich Beiträge aus Drittstaaten an.

Seit Beginn von GSVP(ESVP)-Operationen 2003 wurden bisher 24 Missionen mit ca. insgesamt 24.000 Teilnehmern durchgeführt. 2009 gab es in drei Kontinenten 15 Missionen mit insgesamt 12.000 Teilnehmern. 16 Missionen hatten Drittstaaten-Beteiligung aus insgesamt 24 Ländern. Die Türkei hat bisher an sieben Operationen teilgenommen.

Prinzipien und Modalitäten für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei militärischem Krisenmanagement wurden durch den Europäischen Rat in Nizza im Dezember 2000 und das Implementierungsdokument von Brüssel vom Oktober 2002 festgelegt. Im Dezember 2002 kam es zu einer Einigung zwischen der EU und der NATO über die vertragliche Absicherung der sogenannten Berlin-Beschlüsse, welche der NATO-Rat im Juni 1996 verabschiedet hatte. Im März 2003 einigten sich EU und NATO mit „Berlin Plus“ auf eine Grundlage für ein militärisches Handeln seitens der EU im Falle eines Nicht-Eingreifens der NATO.

Drittstaatenbeteiligung bei Polizeioperationen und zivilem Krisenmanagement wurde durch den Europäischen Rat von Göteborg im Juni 2001 geregelt.

Betreffend die Vorgangsweise für die Teilnahme von Drittstaaten an GSVP-Missionen ist folgendes festgelegt:

An militärischen ESVP-Operationen können europäische NATO-Staaten, welche nicht EU-Mitglieder sind, auf eigenen Wunsch teilnehmen, sofern diese Staaten Zugang zu NATO-Einrichtungen und

-Material haben. In diese sogenannte Gruppe der 6 fallen neben der Türkei auch Albanien, Kroatien, Mazedonien, Island und Norwegen. Mit dieser Gruppe findet auch ein regelmässiger politischer Dialog statt.

Im Falle ziviler GSVP-Missionen kann die Beteiligung von Drittstaaten nur über Einladung seitens der EU erfolgen.

Zwischen der Türkei und der EU besteht ein Framework Participation Agreement (FPA). Die Verhandlungen liefen seit Februar 2004, im August 2007 erfolgte die Ratifizierung seitens der Türkei. Die türkische Teilnahme an EUFOR RD CONGO ab Juli 2006 (siehe unten) erfolgte angesichts des damals noch nicht in Kraft getretenen FPA auf Basis eines Interim Participation Agreements.

Nachstehend soll auf jene laufenden drei GSVP-Missionen eingegangen werden, an denen die Türkei derzeit teilnimmt. Es ist wohl kein Zufall, dass alle diese Operationen, wie auch zwei bereits abgeschlossene (siehe weiter unten), auf dem Balkan stattfinden bzw. stattfanden. Dies entspricht der neuen, von Minister Davutoglu geprägten türkischen Außenpolitik, welche in ihrer Grundkonzeption eine aktivere Rolle in den Nachbarregionen, also auch auf dem Balkan, sowie – ohne neoimperialistische Ziele zu verfolgen – eine gewisse Rückbesinnung auf die ottomanische Vergangenheit postuliert. Hierzu kommt der, unter der AKP-Regierung stärker in den Vordergrund getretene, religiöse Aspekt: durch stärkeres Engagement soll die Verbundenheit mit der moslemischen Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo zum Ausdruck kommen. Außerdem sucht die Türkei, wie bereits in Abschnitt 2 ausgeführt, dadurch ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele in der Region besser vertreten zu können. Darüber hinaus setzt die Türkei in den entsprechenden Operationsgebieten humanitäre Aktivitäten und ist auf politischer Ebene bestrebt, zur Entspannung im Westbalkan beizutragen, wie etwa betreffend die Aussöhnung zwischen Bosnien-Herzegowina und Serbien (ein Eingehen auf diese Bemühungen würde über den Rahmen dieses Papiers hinausgehen).

EUFOR ALTHEA

Die militärische Operation EUFOR ALTHEA stellt eine Fortführung der NATO-Einsätze IFOR und später SFOR in Bosnien-Herzegowina dar (siehe hierzu im Abschnitt 5: Türkei-NATO). Nach dem NATO-Beschluss über die Einstellung der SFOR-Operation wurde der Einsatz mit EU-Ratsdokument 2004/570/ESVP vom 12. Juli 2004 seitens der EU zur Weiterführung übernommen. Die Absicht der EU, eine Militäroperation in Bosnien-Herzegowina durchzuführen, wurde durch den UN-Sicherheitsrat mit Resolution 1575 vom 22. November 2004 indorsiert. Die Operation begann am 2. Dezember 2004, der Einsatz erfolgt auf Basis von Kapitel VII der UN-Charter unter Benützung von NATO-Installationen nach dem Berlin Plus-Abkommen. Das Mandat läuft derzeit bis November 2011, die Operation wird auf der bisherigen Grundlage (Kapitel VII) weitergeführt.

Ziele von EUFOR ALTHEA sind die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung (in Übereinstimmung mit dem Dayton-Abkommen), die Unterstützung des Hohen Vertreters, Hilfestellung für die lokalen Behörden, der Kampf gegen die organisierte Kriminalität, die Unterstützung des internationalen Strafgerichtshofes, die Beteiligung an Reformen der Verteidigungsstruktur von Bosnien-Herzegowina, die Entwaffnung der Bevölkerung und die Minenräumung.

Das Mandat der EUFOR ALTHEA bezog sich ursprünglich auf eine Stärke bis zu 7.000 Mann. Infolge der verbesserten Sicherheitslage konnte die Truppenstärke sukzessive reduziert werden. Mit Stand November 2010 sind 1.600 Mann im Einsatz, hievon 279 aus der Türkei. Österreich entsendet 359.

Damit stellt die Türkei nach Österreich das zweitstärkste Kontingent in EUFOR ALTHEA. In Diskussionen über eine allfällige Beendigung der exekutiven militärischen Rolle hat sich die Türkei stets gegen eine solche Einstellung ausgesprochen und ist interessiert, ihre militärische Präsenz in Bosnien-Herzegowina so lange als möglich aufrechtzuerhalten. Dadurch soll einerseits – wie oben erwähnt – ein sichtbares Engagement gegenüber der moslemischen Bevölkerung des Landes

demonstriert werden, andererseits sucht die Türkei quasi einen möglichst großen „Fuß“ in der Balkanregion zu halten. Ankara hat – angesichts der Reduktion von Kontingenten seitens einiger EU-Staaten – sein Interesse an einer allfälligen Aufstockung ihrer Truppenstärke deponiert. In der EU herrscht Skepsis gegenüber einer Verstärkung des türkischen Kontingentes, da eine solche innerhalb einer GSVP-Operation ein Übergewicht desselben bringen würde.

EUPM BiH (European Police Mission in Bosnia and Herzegowina)

EUPM BiH wurde mit Ratsdokument 2002/210/ESVP am 18. Februar 2002 beschlossen. Es handelt sich um die Übernahme einer bis dahin von den UN geführten Polizeimission durch die EU. Die Tätigkeit wurde am 1. Jänner 2003 aufgenommen. Das Mandat läuft derzeit bis 31. Dezember 2011, EUPM BiH stellte die erste zivile ESVP(GSVP)-Mission dar.

Zweck der Operation ist der Aufbau eines dauerhaften Polizeiwesens unter Führung der Behörden von Bosnien-Herzegowina sowie die Einhaltung internationaler Standards durch Beratung, Monitoring und Inspektion. Unterstützt werden soll eine Reform des Polizeiwesens, die Konsolidierung lokaler Kapazitäten und die innerstaatliche sowie regionale Kooperation im Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Die Mission dient auch der Hintanhaltung politischer Einflüsse auf die Arbeit der Polizei sowie der Korruption innerhalb derselben.

Zu Beginn der Aktion waren ca. 400 Polizisten und ca. 50 Zivilbeamte im Einsatz. Die derzeitige Stärke beträgt per Oktober 2010 125 Mann und 155 lokale Kräfte. Die Türkei war von 2003 bis 2006 durch 12 und ist seit 2006 durch 4 Polizisten vertreten (im Vergleich hierzu Österreich durch 2).

EULEX KOSOVO

(European Union Rule of Law Mission in Kosovo)

Basis der Mission ist der EU-Ratsbeschluss 2008/124/ESVP vom 4. Februar 2008. Die Tätigkeit wurde nach Übergang eines Großteils der Kompetenzen von der UNMIK (United Nations Mission in Kosovo, siehe hierzu in Abschnitt 4: Türkei-UNO) auf die EULEX KOSOVO am 16. Februar 2008 aufgenommen. Die Operation erfolgt im Rahmen der UN-Sicherheitsrat-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 (allerdings ist diese EU-Auslegung nicht unbestritten). Das Mandat läuft bis 14. Juni 2012.

EULEX KOSOVO ist die grösste jemals seitens der EU lancierte zivile GSVP-Mission. Sie verfügt im Kosovo über administrative Befugnisse, jedoch grundsätzlich über keine exekutive Gewalt – außer zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Festnahme von Kriegsverbrechern. Die militärische Absicherung erfolgt durch die KFOR-Truppe der NATO (siehe in Abschnitt 4: Türkei-NATO), der einzigen internationalen Präsenz im Kosovo mit einem Mandat gemäss Kapitel VII der UN-Charter.

Ziel von EULEX KOSOVO ist die die Unterstützung der kosovarischen Behörden auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit durch Beratung und Monitoring sowie die Stärkung eines effizienten multiethnischen Systems in den Bereichen Justiz, Polizei und Zoll bzw. die Einhaltung internationaler Standards durch diese Behörden.

EULEX KOSOVO steht unter einheitlichem Kommando in Brüssel. Die dzt. geplante Stärke beträgt 1.800 Mann, per Oktober 2010 belief sie sich auf 1.699 (plus 1.171 Lokalpersonal). Zum Einsatz kommen vor allem Polizisten, Richter, Zollbeamte und Gefängnispersonal. Die Türkei entsendet gegenwärtig 62 Vertreter, Österreich 26.

In der Vergangenheit hat die Türkei an den nachstehenden vier, bereits abgeschlossenen GSVP-Missionen teilgenommen:

FYROM (Former Yugoslav Republic of Macedonia) CONCORDIA

Die Mission FYROM CONCORDIA wurde mit Ratsbeschluss 2003/92/ESVP vom 27. Jänner 2003 rechtlich fixiert. Es handelte sich um die Übernahme der Funktionen der militärischen Stabilisierungsmission der NATO Allied Harmony durch die EU. Die Operation stellte die erste Militärmission in der Geschichte der Union dar. Beginn war der 31. März 2003.

Ziel der Mission war über ausdrückliches Ersuchen der mazedonischen Regierung ein Beitrag der EU zu stabilen Sicherheitsverhältnissen und die Ermöglichung der Implementierung des Ohrid Framework Agreements. Die Tätigkeit erfolgte unter Benützung von NATO-Einrichtungen, in Entsprechung der einschlägigen Einigung bzw. vertraglichen Absicherung zwischen der EU und der NATO vom Dezember 2002. Es stellte dies die erste praktische Anwendung dieser Übereinkunft dar.

Die Stärke von FYROM CONCORDIA betrug fluktuierend 350 bis 400 Mann aus 26 Ländern. Die Türkei stellte 26, Österreich im Vergleich hierzu 15 Mann.

Die Mission wurde am 15. Dezember 2003 beendet und in EUPOL PROXIMA übergeleitet (siehe nachstehend).

EUPOL PROXIMA (EU Police Mission in the Former Yugoslav Republic of Macedonia)

Die Mission wurde auf Basis des Ratsbeschluss 200/681/ESVP am 15. Dezember 2003 gestartet und war ursprünglich für lediglich ein Jahr vorgesehen (siehe jedoch nachstehend).

EUPOL PROXIMA stellte die Nachfolgemission von FYROM CONCORDIA (siehe oben) dar, hatte jedoch nicht mehr militärische,

sondern nur mehr polizeiliche Aufgaben. Sie verfügte über kein exekutives Mandat, um im Krisenfall polizeilich zu reagieren.

Ziel der Operation war im Rahmen des Ohrid Framework Agreement die Unterstützung der mazedonischen Polizei durch Ausbildung und Beratung, einschließlich betreffend die Durchführung einer Polizeireform, die Förderung europäischer Polizeistandards, Hilfestellung bei der Eingliederung von Angehörigen der albanischen Volksgruppe in die Polizeikräfte und deren Unterstützung im Kampf gegen das organisierte Verbrechen.

Die Stärke der Mission war stark fluktuierend und betrug bis zu 170 uniformierte Polizisten. Die Türkei war mit 10 Mann beteiligt, Österreich mit drei.

EUPOL PROXIMA wurde auf Basis einer Übereinkunft zwischen der EU und der mazedonischen Regierung am 14. Dezember 2005 eingestellt.

EUPOL KINSHASA

Rechtliche Basis der Mission war der Ratsbeschluss 2004/847/ESVP vom 2. Dezember 2004. Die Tätigkeit wurde am 3. April 2005 aufgenommen. Es handelte sich um die erste zivile GSVP-Mission in Afrika.

Zweck war die Unterstützung der Integrated Police Unit (IPU) der nationalen kongolesischen Polizei in Kinshasa während des Übergangsprozesses in der Demokratischen Republik Kongo, vor allem während des Wahlprozesses 2006. Hierzu gehörten der Wiederaufbau und die Ausrüstung einer Polizeiakademie sowie Trainingsprogramme und Beratung bei der Reorganisation der Polizei und die Sicherstellung der Einhaltung internationaler Standards durch letztere.

Die Stärke der Mission belief sich mit leichten Schwankungen auf ca. 30 Mann. Die Türkei stellte hierbei einen Vertreter. Österreich war nicht beteiligt.

Die Operation wurde am 30. Juni 2007 beendet und in EUPOL RD CONGO übergeleitet.

EUFOR RD (Republique Democratique) CONGO

Die Idee für eine EU-Militäraktion in der RD Congo beruhte auf einem entsprechenden Ersuchen der UN an die EU vom Dezember 2005 und wurde durch den EU-Rat am 23. März 2006 angenommen. Rechtliche Basis erlangte die Mission durch Resolution 1671 des UN-Sicherheitsrates vom 25. April 2006. Zwei Tage später beschloss der EU-Rat die konkrete Entsendung. Es handelte sich um die erste autonome und im multilateralen Rahmen geplante militärische Operation in der RD Congo.

Ziel der Aktion war die Unterstützung der bereits vor Ort befindlichen UN-Mission MONUC vor und während der Wahlen in der RD Congo. Die Aktion erfolgte mit Zustimmung deren Regierung.

Die Stärke betrug ca. 2.400 Mann, welche allerdings zur Hälfte in Gabon stationiert waren. Hievon entsandte die Türkei zwei Vertreter sowie ein C-130 Transportflugzeug. Österreich nahm an der Operation nicht teil.

Die Mission wurde planmässig am 30. November 2006 beendet.

4. Türkei – UNO; Starkes Engagement

Die Türkei nimmt seit den 90er-Jahren aktiv an UN-Friedensoperationen teil. Laut einer UN-Statistik mit Stand September 2010 steht sie hierbei betreffend die Stellung von Truppen und Polizisten mit 525 Mann an 34. Stelle, unter den westlichen Staaten jedoch nach Italien, Frankreich und Spanien auf dem vierten Platz. Österreich liegt mit 393 Mann an 38. Stelle bzw. entsprechend auf dem fünften Platz.

Hinsichtlich der Motivation der Türkei für die Teilnahme wird auf die Ausführungen des Abschnittes 2: Internationale Friedensoperationen als Element der türkischen Außenpolitik verwiesen, welche auch für Operationen im Rahmen der UN gelten. Als Grundlage für die türkische Teilnahme an UN-Missionen auch in Regionen, welche mit der Türkei wenig politische oder sonstige Berührungspunkte haben, seien hier nochmals besonders angeführt: das Postulat von Außenminister Davutoglu, wobei ein Staat nur dann Anspruch auf die Rolle eines Global Players erheben könne, wenn er eine pro-aktive und engagierte Außenpolitik auch im Rahmen der internationalen Organisationen entwickelt, sowie die Aussage des (damaligen) Staatspräsidenten Demirel bereits 1992, wonach ein Staat bei seinem internationalen Engagement nicht fragen dürfe, welche Interessen er vor Ort hat.

Die Türkei hatte vor Übernahme ihres Vorsitzes im UN-Sicherheitsrat im September 2010 angekündigt, Friedensoperationen zu einer der Prioritäten machen zu wollen. Am 23. September 2010 fand unter dem Vorsitz des türkischen Staatspräsidenten Gül in New York ein Sicherheitsrat-Gipfeltreffen auf Ebene von Staats- und Regierungschefs statt. In einem türkischen Konzeptpapier wurde als Zweck des Treffens eine strategische Bestandsaufnahme der internationalen Sicherheitssituation und die Diskussion der diesbezüglichen weiteren Rolle des Sicherheitsrates und seiner Aufgaben bei der Erhaltung von Frieden und Sicherheit angeführt. Das lediglich zweistündige Treffen erbrachte de facto kaum konkrete Ergebnisse, eine Erklärung wurde nicht verabschiedet sowie auch kein follow up beschlossen. In einer Erklärung der Präsidentschaft zum Abschluss wird im wesentlichen Folgendes

festgehalten: Erhaltung von Frieden und Sicherheit sind erste Verantwortung des UN-Sicherheitsrates, neue Bedrohungsbilder haben sich entwickelt, ein umfassender und konzertierter Approach ist notwendig, in Friedensoperationen und präventiver Diplomatie wurden Fortschritte erzielt, allerdings bedarf es einer neuen Strategie zur Hebung der Effizienz von Friedensoperationen, die UN-Mitgliedsstaaten werden zur Bereitstellung von mehr Personal für diese aufgefordert, die besonderen Gegebenheiten jedes Konfliktes müssen beachtet werden.

Bereits im Juni 2010 hatte die Türkei – wohl um ihr diesbezügliches Engagement zu unterstreichen – in Istanbul ein sogenanntes UN-Sicherheitsrat Retreat organisiert, bei welchem Verbesserungen bei Friedensoperationen und eine effizientere Implementierung von kohärenten und integrierten Strategien zu Diskussion standen.

Nachstehend folgt eine Aufstellung der UN-Friedensoperationen mit türkischer Beteiligung. Näher eingegangen werden soll im Rahmen dieses Papiers hiebei lediglich auf UNIFIL II, in welcher die Türkei mit einem – im Vergleich zu den anderen Aktionen – wesentlich substantielleren Kontingent vertreten ist.

UNIFIL II (United Nations Interim Force in Lebanon)

Eingangs sei angeführt, dass UNIFIL I mit Resolution des UN-Sicherheitsrates 425 vom 19. März 1978 ins Leben gerufen wurde. Hauptaufgabe war die Bestätigung des Abzugs der israelischen Truppen nach deren Einmarsch im Libanon. Außerdem sollte die Mission dazu dienen, Frieden und Sicherheit im Süd-Libanon wiederherzustellen und der libanesischen Regierung die Wiedererlangung von Souveränität und Autorität in diesem Gebiet zu ermöglichen. Das entsprechende UN-Mandat wurde mehrfach verlängert.

Die Türkei hatte sich an UNIFIL I nicht beteiligt. Dies entsprach ihrer während der Zeit des Kalten Krieges gehegten Skepsis gegenüber der Teilnahme an internationalen Friedensoperationen.

Siehe hierzu in Abschnitt 2: Internationale Friedensoperationen als Element der türkischen Außenpolitik.

Nach Ausbruch der Kampfhandlungen zwischen Israel und der Hisbollah am 12. Juli 2006 und der folgenden Einigung auf einen Waffenstillstand (der allerdings erst am 14. August in Kraft trat) wurde mit der am 11. August 2006 verabschiedeten UN-Sicherheitsrats-Resolution 1701 das Mandat der UNIFIL erweitert und diese in eine bewaffnete UN-Mission auf Basis von Kapitel VII der UN-Charter umgewandelt (nunmehr UNIFIL II genannt). Das Mandat läuft derzeit bis 31. August 2011.

Die türkische Regierung fasste in der Folge einen Beschluss, welcher nicht nur den in den Libanon zu entsendenden Truppen anderer Staaten die Benützung türkischer Flughäfen und Häfen gestattete, sondern auch die rechtliche Grundlage für die Beteiligung der Türkei an UNIFIL II schuf. Der Regierungsbeschluss wurde am 5. September 2006 durch das türkische Parlament bestätigt, worauf eine Pionier-Einheit in den Libanon entsandt wurde, welche seit Oktober 2006 in der Nähe von Sur im Süden des Landes stationiert ist.

Für eine allfällige Bereitstellung von Truppen für UNIFIL II hatte Ankara drei Bedingungen gestellt: die Annahme einer entsprechenden UN-Resolution, keine Verwicklung der internationalen Truppen in Kampfeinsätze (einschließlich bei Entwaffnung der Hisbollah) sowie die Akzeptanz der türkischen Teilnahme seitens aller Konfliktparteien. Ministerpräsident Erdogan erklärte in einem Interview am 27. Juli 2006, die Türkei werde Teil einer Friedenstruppe nur nach Erreichung eines Waffenstillstandes sein. Am 14. August 2006 signalisierte die türkische Regierung, sie werde mit ihrer Entscheidung bis zur Klärung des Mandates der geplanten Friedenstruppe zuwarten. Nach einer Fact Finding-Mission des damaligen Außenministers Gül in den Libanon, nach Israel und Syrien sowie in die Palästinensergebiete verkündete der Sprecher der türkischen Regierung am 28. August 2006, dass man den prinzipiellen Beschluss zur Teilnahme gefasst habe.

Die Entsendung von Truppen in den Libanon stieß in der öffentlichen Meinung auf starken Widerstand, auch innerhalb der Regierungspartei AKP. Von Zeitungen durchgeführte Meinungsumfragen ergaben 70 – 85% Ablehnung. Auch der damalige Präsident Sezer sprach sich gegen eine Teilnahme aus, es sei nicht Aufgabe der Türkei, die nationalen Interessen anderer Staaten zu schützen oder deren Sicherheitsprobleme zu lösen (es stellt dies ein Beispiel für die frühere, isolationistische und überwiegend türkeizentrierte Denkweise des kemalistischen Establishments dar).

Der Beschluss zur Teilnahme an einer Friedenstruppe unter Führung der UN kam offensichtlich nicht unter US-Druck zustande. In Washington wollte man – soweit bekannt – vielmehr, dass die Stabilisierungsaktion unter NATO-Führung stehen sollte, während man türkischerseits einer UN-Mission den Vorzug gab. Ankara sprach sich auch strikte gegen die Idee der USA aus, dass das Mandat von UNIFIL II nötigenfalls auch Kampfhandlungen gegen die Hisbollah miteinschließen solle. Die Libanon-Krise 2006 fiel übrigens auch mit dem Wiederaufflammen des PKK-Terrorismus an der türkisch-irakischen Grenze zusammen und die Türkei drohte mit einer Militäraktion innerhalb des irakischen Staatsgebietes. Mehrere türkische Regierungsvertreter kritisierten die USA, dass sie einerseits israelische Angriffe gegen die Hisbollah im Libanon zulasse, sich aber andererseits gegen ein türkisches militärisches Vorgehen gegen die PKK im Nord-Irak ausspreche.

In teilweiser Wiederholung bzw. näherer Ausführungen der Darlegungen in Abschnitt 2 sollen die Motive für den Beschluss Ankaras zur Teilnahme an UNIFIL II wie folgt festgehalten werden:

Zum einen ist die Entscheidung wohl in dem Bestreben zu suchen, die Rolle der Türkei als Faktor im Nahen Osten zu stärken und dies sowohl gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft, als auch im Verhältnis zu den Staaten der Region zu dokumentieren. Es ist dies ein Ausfluss der modifizierten türkischen Außenpolitik, geprägt von Außenminister Davutoglu, welche ein stärkeres Engagement in Nachbarregionen, also auch im Nahen Osten und dadurch ein grösseres internationales Gewicht überhaupt zum Ziele hat. Hiezu kam das

Interesse, angesichts (damals 2006) guter Beziehungen zu allen Parteien im Nahen Osten als neutrale „dritte“ Partei und als Vermittler tätig zu sein. Die Financial Times bezeichnete in einem Artikel vom 7. September 2006 die türkische Entscheidung der Truppenentsendung als deutliches Zeichen der strategischen Absichten Ankaras. Unmittelbar nach dem einschlägigen Beschluss des türkischen Parlamentes (siehe oben) erklärte Ministerpräsident Erdogan bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan, Ziel seien Frieden und permanente Stabilität im Nahen Osten. Die Türkei werde ihre historische und humanitäre Aufgabe in diesem Prozess wahrnehmen. Dies sei der Grund für die Entscheidung zur Truppenentsendung.

Ein weiterer Grund für die Teilnahme an der Mission liegt in den türkischen EU-Ambitionen. In UNIFIL II stellen Kontingente aus den EU-Staaten einen hohen Truppenanteil und eine Beteiligung der Türkei wurde in Ankara als gute Gelegenheit angesehen, die Kooperation in den Bemühungen der Union um eine Beilegung des Konfliktes im Libanon (sowie im Nahen Osten überhaupt) unter Beweis zu stellen, wie auch die türkische Unterstützung für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik zu unterstreichen. Außenminister Gül wies bei der Parlamentsdebatte über die UNIFIL-Beteiligung am 5. September 2006 darauf hin, dass in dieser Friedensmission mehr als die Hälfte der Verbände aus Staaten der EU und der NATO komme. Die Entscheidung der Regierung entspreche der These, dass die EU „mit einer Mitgliedschaft der Türkei zur Weltmacht werden würde“. Der damalige EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn erklärte, die Libanon-Krise habe die strategische Bedeutung der Türkei für die EU erneut demonstriert.

Neben diesen beiden Hauptmotiven darf allerdings nicht übersehen werden, dass das türkische UNIFIL-Engagement einschließlich der humanitären Hilfe als Nebeneffekt eine deutliche Intensivierung der Beziehungen zum Libanon auf politischer Ebene, vor allem aber auf wirtschaftlichem Gebiet gebracht hat. So haben sich die türkischen Exporte in den Libanon zwischen 2006 und 2008 mehr als verdoppelt. Es dürfte dies allerdings zum großen Teil ein Resultat der verstärkten

Bemühungen Ankaras um die Nahost-Staaten und weniger eine direkte Konsequenz der türkischen UNIFIL-Beteiligung sein.

Das 2006 in den Libanon entsandte türkische UNIFIL-Kontingent betrug 237 Soldaten und 24 Zivilbeamte. Die Zahl war seither im Wesentlichen gleich geblieben, wurde in letzter Zeit aber angehoben. Die türkische Regierung hatte ursprünglich die Absicht, ein grösseres Kontingent für UNIFIL II zur Verfügung zu stellen, das Militär sprach sich jedoch dagegen aus, da man von dessen Seite eine mögliche Konfrontation mit den Kurden und den Armeniern im Libanon befürchtete. Mit Stand Oktober 2010 betrug die türkische Mannschaftsstärke 375.

Für die UNIFIL Maritime Task Force hat die Türkei vier Schiffe bereitgestellt: eine Fregatte (seit Oktober 2007), ein Versorgungsschiff (seit März 2008) sowie zwei Korvetten (seit April 2008).

Die türkische Tätigkeit im Rahmen von UNIFIL besteht im Wesentlichen aus Pionier- und Bauarbeiten für die Tätigkeit der Mission. Darüber hinaus umfasst der Beitrag

- die Überwachung der libanesischen Küste,
- die Unterstützung anderer truppenstellender Staaten bei Luft- und Seetransporten, wobei Mersin an der türkischen Mittelmeerküste als Anlaufhafen dient,
- militärisches Training für die libanesischen Streitkräfte,
- humanitäre Aktivitäten.

Weiters beteiligt sich der Türkei derzeit an folgenden nachstehenden UN-Friedensoperationen (die statistischen Angaben betreffend Mannschaftsstärke und türkische Vertretung beziehen sich, wenn nicht anders angeführt, auf Ende September 2010) :

Auffällig ist hiebei, dass derzeit die Türkei und Österreich in keiner UN-Friedensmission gleichzeitig vertreten sind.

UNMIK (United Nations Mission in Kosovo)

Basis der Mission stellt die UN-Sicherheitsrat-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 dar.

Die Aufgaben von UNMIK wurden seinerzeit wie folgt festgelegt: Förderung der Etablierung einer Autonomieverwaltung, Wahrnehmung ziviler administrativer Funktionen, Aufbau von temporären Institutionen für eine demokratische und autonome Selbstregierung, Transfer administrativer Verantwortung an diese, Erleichterung des politischen Prozesses zur Definition des künftigen Status des Kosovo, Unterstützung des Wiederaufbaus von Infrastruktur, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung einschließlich der Aufstellung lokaler Polizeikräfte, Sicherstellung der sicheren Rückkehr der Flüchtlinge. DIE UNMIK wird in ihrer Tätigkeit durch KFOR unterstützt (siehe Abschnitt 5: Türkei-NATO).

Selbstredend sind die ursprünglichen Ziele der Mission heute erfüllt. Die Tätigkeit umfasst nunmehr de facto jene eines Bindegliedes zwischen EULEX und den Serben im Nord-Kosovo sowie die Teilnahme an multilateralen Treffen, bei welchen Vertreter des Kosovo unter dem Deckmantel der UNMIK auftreten können.

Das Mandat von UNMIK ist unbefristet eingerichtet.

Die Stärke der Operation beträgt gegenwärtig 17 Mann, die Türkei entsendet hierbei einen Vertreter.

MINURCAT (United Nations Mission in the Central African Republic and Chad)

Die Mission wurde mit UN-Sicherheitsrat-Resolution 1778 vom 25. September 2007 eingerichtet.

Zweck ist der Schutz von Zivilpersonen, die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie die Unterstützung eines

regionalen Friedens. Mit Resolution 1861 vom 14. Jänner 2009 genehmigte der UN-Sicherheitsrat die Entsendung eines militärischen Kontingentes als Nachfolge der GSVP-Mission EUFOR, welche ihre Tätigkeit einstellte.

Für 31. Dezember 2010 ist die Einstellung von MINURCAT vorgesehen, da der Tschad einer weiteren Stationierung nicht zustimmt.

Die Stärke von MINURCAT beträgt derzeit 2.315 Uniformierte (Soldaten, Militärbeobachter und Polizisten), 409 internationale Zivilbeamte, 597 lokales Personal sowie 149 Freiwillige. Die Türkei stellt drei Polizisten.

UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan)

Die Mission wurde mit UN-Sicherheitsrat-Resolution 401 am 28. März 2002 eingesetzt.

Zweck sind die politische und strategische Unterstützung des Friedensprozesses, Hilfe für die afghanische Regierung bei der Erfüllung des Afghanistan Compact (Abschlussdokument der Londoner Afghanistan-Konferenz 2006 zwecks Herstellung von Frieden und Sicherheit), Förderung der Menschenrechte, technische Unterstützung humanitärer Aktionen der UN sowie jener zwecks Wiederaufbau und Entwicklung im Lande und Hilfe bei der Drogenbekämpfung.

Das Mandat läuft derzeit bis 23. März 2011.

UNAMA hat einen zivilen, keinen militärischen Charakter und steht unter Leitung eines Special Representative des UN-Generalsekretärs. Sie unterhält vor Ort 8 regionale und 15 Provinzbüros. Die Mission besteht aus ca. 1.500 Zivilisten (ca. 80% hiervon afghanische Lokalkräfte) und vier Polizisten, von denen die Türkei einen entsendet.

UNMIS (United Nations Mission in the Sudan)

Die Mission hat die UN-Sicherheitsrat-Resolution 1590 vom 24. März 2005 zur rechtlichen Grundlage.

Aufgabe sind die Unterstützung der Implementierung des Umfassenden Friedensabkommens zwischen der Regierung des Sudan und des Sudan People's Liberation Movement/Army vom 9. Jänner 2005, die Überprüfung von Sicherheitsarrangements sowie humanitäre Hilfe, der Schutz von Zivilpersonen und die Förderung der Menschenrechte.

Das Mandat läuft bis 30. April 2011.

Die Mannschaftsstärke beträgt 10.611 Uniformierte (9.453 Soldaten, 492 Beobachter, 666 Polizisten) und 873 Zivilbeamte und 2.789 Mann lokales Personal sowie 369 Freiwillige. Die Türkei stellt 3 Soldaten und 31 Polizisten.

UNOCI (United Nations Operation in Cote d'Ivoire)

Die Operation basiert auf der Resolution 1528 des UN-Sicherheitsrates vom 27. Februar 2004.

Sie stellt die Nachfolge der United Nations Mission in Cote d'Ivoire (MINUCI) dar, welche als politische Mission durch den Sicherheitsrat im Mai 2003 eingesetzt worden war. Beginn der Tätigkeit von UNOCI war der 4. April 2004.

Zweck ist die Unterstützung der Implementierung des Friedensabkommens vom Jänner 2003 seitens der ivoirischen Parteien.

Das Mandat läuft bis 31. Dezember 2010.

UNOCI umfasst 8.547 Uniformierte (7.186 Soldaten, 189 Militärbeobachter, 1.167 Polizisten), 393 internationale Zivilbeamte, 759 Lokalpersonal und 274 Freiwillige. Die Türkei entsendet 16 Polizisten.

UNMIL (United Nations Mission in Liberia)

Grundlage der Operation stellt die UN-Sicherheitsrat-Resolution 1509 vom 19. September 2003 dar.

Die Aufgabe besteht in der Unterstützung der Implementierung des Waffenstillstandsabkommens und des Friedensprozesses sowie von Aktivitäten auf dem humanitären und dem Menschenrechtssektor. Außerdem in der Hilfestellung bei der Reform des nationalen Sicherheitswesens, inklusive einer Restrukturierung der Armee und Polizeitraining.

Das Mandat läuft derzeit bis 30. September 2011.

UNMIL setzte sich zuletzt aus 9.384 Soldaten und Militärbeobachtern, 1.328 Polizisten, 433 internationalen Zivilbeamten, 993 lokalen Kräften und 217 Freiwilligen zusammen. Die Türkei ist mit 30 Polizisten vertreten.

MONUSCO (United Nations Stabilization Mission in the Democratic Republic of Congo)

Rechtliche Basis stellt die Resolution 1279 des UN-Sicherheitsrates vom 30. November 1999 dar.

Ziel war ursprünglich die Überwachung des Waffenstillstandes und die Trennung der Kriegsparteien. Später wurde das Mandat um verschiedene mit dieser Aufgabe im Zusammenhang stehende Agenden erweitert.

Das Mandat erstreckt sich derzeit bis 30. Juni 2011.

Die Mannschaftsstärke beträgt 22.016 Uniformierte (19.815 Soldaten, 760 Militärbeobachter, 1.441 Polizisten), 973 internationale Zivilbeamte, 2.783 lokales Personal und 598 Freiwillige. Die Türkei entsendet 15 Polizisten.

MINUSTAH (United Nations Stabilization Mission in Haiti)

Begründet wurde die Mission mit UN-Sicherheitsratsresolution 1542 vom 1. Juni 2004. Sie folgte der Multinational Interim Force (MIF), welche durch den Sicherheitsrat im Februar 2004 nach der Abreise von Präsident Aristide und den bewaffneten Unruhen eingesetzt worden war.

Das Originalmandat umfasste die Herstellung eines sicheren und stabilen Umfeldes, die Förderung des politischen Prozesses, die Stärkung der staatlichen Institutionen, der Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte. Nach dem Erdbeben am 12. Jänner 2010 wurde der Aufgabenbereich mit UN-Sicherheitsrat-Resolution 1908 vom 19. Jänner 2010 auf Unterstützung des Wiederaufbaus und der Stabilisierungsbemühungen erweitert.

Das Mandat wurde am Oktober 2010 um ein weiteres Jahr bis zum 15. Oktober 2011 verlängert.

MINUSTAH umfasst 11.848 Uniformierte (8.766 Soldaten, 3.082 Polizisten), 481 internationale Zivilbeamte, 1.235 lokale Kräfte und 204 Freiwillig. Die Türkei ist mit 35 Polizisten vertreten.

UNMIT (United Nations Integrated Mission in Timor-Leste)

Rechtliche Basis ist die Resolution 1704 des UN-Sicherheitsrates vom 25. August 2006.

Ziel der Mission ist die Unterstützung der Regierung zwecks Stabilisierung und Verbesserung einer Kultur der demokratischen Regierungsform, der Aufnahme eines politischen Dialoges und der Herbeiführung der nationalen Versöhnung und der sozialen Kohäsion.

Das Mandat läuft derzeit bis 26. Februar 2011.

Die Stärke beläuft sich auf 1.513 Uniformierte, hievon 1.480 Polizisten und 33 militärische Liaison Officers, 352 internationale Zivilbeamte, 898 Lokalkräfte und 173 Freiwillige. Die Türkei beteiligt sich mit 15 Polizisten.

5. Türkei – NATO; Bündnistreue

Hier zunächst einige Bemerkungen zum Verhältnis NATO – EU. Eine stärkere Zusammenarbeit wäre vor allem in Regionen zweckmässig, wo beide Organisationen gleichzeitig operieren (z.B. KFOR-EULEX im Kosovo, ISAF-EUPOL in Afghanistan). Derzeit sind NATO bzw. EU dort parallel tätig, obwohl ein koordiniertes Vorgehen zweckmässig wäre. Die EU wird im Rahmen ihres zivilen Krisenmanagements zunehmend in Regionen aktiv, in denen von der NATO geführte Operationen unternommen werden. Eine enge Verzahnung der Missionen würde sich dabei anbieten, um einerseits Synergieeffekte zu erzielen und andererseits die Wirksamkeit vor Ort zu erhöhen. Die Realität stellt sich allerdings anders dar. So bestehen z.B. im Kosovo wegen des Widerstandes der Türkei (siehe hierzu nachstehend) lediglich informelle Kooperationsstrukturen, was im operationellen Bereich Schwierigkeiten bringt.

Die Beziehungen sind nach wie vor durch die Zypern-Frage negativ beeinflusst, da die Türkei als NATO-Staat bzw. Zypern als EU-Mitglied (mit Unterstützung Griechenlands) die gegenseitigen Kooperationsbemühungen blockieren. Es gibt aber auch innerhalb der EU-Institutionen sowie von Seiten einzelner EU-Mitgliedsstaaten Vorbehalte gegen eine zu enge Kooperation. Die Frage der Zusammenarbeit EU-NATO kam zuletzt auch beim Besuch von NATO-Generalsekretär Rasmussen in Ankara Anfang Oktober 2010 zur Sprache.

Die Türkei argumentiert in diesem Zusammenhang (nicht ganz zu Unrecht), dass beteiligte Drittstaaten bei NATO-Operationen besser gestellt sind als bei GSVP-Missionen. Ein näheres Eingehen auf diese gesamte Problematik soll jedoch hier unterbleiben, da sie über den Rahmen dieses Papiers hinausgehen würde. Festgehalten sei lediglich, dass der Konflikt zur Konsequenz hat, dass zwischen der EU und der Türkei kein Abkommen über Sicherheitskooperation besteht (wegen des diesbezüglich notwendigen EU-Konsenses bzw. dem Veto Zyperns) und die Türkei auch nicht an der European Defense Agency teilnimmt – dies

obwohl sie bisher den drittgrössten Beitrag zu GSVP-Missionen (insbesondere zu EUFOR ALTHEA) geleistet hat.

Die türkische Haltung in der Frage der Zusammenarbeit EU-NATO dient allerdings wohl auch dazu, die eigene strategische Bedeutung ins Gedächtnis zu rufen und zu demonstrieren, dass die Kooperation zwischen den beiden Organisationen ohne Zustimmung bzw. Mitarbeit Ankaras nicht möglich ist. Außerdem sucht die Türkei, für sich grössere Einflussnahme anzumelden und auch zu sichern. Hiedurch soll verhindert werden, dass man bei der Ausgestaltung einer neuen strategischen Landschaft ins Abseits gerät.

Zu erwähnen wäre auch, dass die Kooperation Türkei – NATO in der türkischen Bevölkerung nicht populär ist. Umfragen zufolge halten nur 38% die NATO als für die türkische Sicherheit wichtig. Zudem wird die Frage gestellt, was die NATO tue, um die Türkei vor den Anschlägen der PKK zu schützen. Die Beziehungen Türkei – NATO werden auch im Lichte der Beziehungen Ankaras zu Washington gesehen, welche im Zusammenhang mit dem in der Türkei unpopulären Irak-Krieg geschwächt sind. Das Ansehen der USA hat während der Ära George W. Bush deutlich gelitten und es ist noch nicht klar erkenntlich, ob unter Präsident Obama eine nachhaltige Verbesserung eingetreten ist.

Die wichtigste NATO-Operation, an welcher die Türkei derzeit teilnimmt, soll nachstehend näher behandelt werden.

ISAF (International Security Assistance Force)

Nach dem 11. September 2001 brachte die Türkei von Anfang an ihre grundsätzliche Unterstützung der US-Aktivitäten gegen Al Qaida zum Ausdruck und stimmte der Anwendung des Art. 5 des Washingtoner NATO-Vertrages („Beistandsverpflichtung“) zu. Am 10. Oktober 2001 verabschiedete das türkische Parlament ein Gesetz, welches die Regierung ermächtigte, Truppen zur Unterstützung der US-Militäraktion zur Verfügung zu stellen. Das Gesetz erlaubte ferner die Stationierung ausländischer Truppen in der Türkei zwecks Aufbau des militärischen

Dispositiv in Afghanistan sowie die entsprechende Benützung des türkischen Luftraumes und türkischer Luftwaffenbasen. In diesem Sinne steht die Basis Incirlik bis heute den USA für den Transport von Truppen und Material nach Afghanistan zur Verfügung.

Nach formeller Indorsierung der ISAF durch die UN-Sicherheitsrat-Resolution 1386 vom 20. Dezember 2001 nahm diese am 21. Dezember 2001 unter britischer Führung ihre Tätigkeit in Kabul auf. Ein Stationierungsvertrag mit der afghanischen (Übergangs)Regierung wurde am 4. Jänner 2002 beschlossen. Das türkische Engagement vor Ort begann Anfang 2002 mit der Entsendung einer Infanterie-Kompanie in der Stärke von 267 Mann. Deren Aufgabe war die Sicherung von Patrouillen und humanitäre Agenden im Raume Kabul. Im Frühjahr 2002 wurde der militärische Beitrag zur ISAF auf Bataillonsstärke von ca. 1.300 Mann aufgestockt. Von Juni 2002 bis Februar 2003 stand die internationale Truppe in der Stärke von 4.800 Mann aus 22 Ländern unter dem Kommando des türkischen Generalmajors Hilmi Zorlu. Die türkischen Truppen waren für die Sicherung des internationalen Flughafens Kabul und des multinationalen Hauptquartiers zuständig.

Am 11. Februar 2003 übergab die Türkei die ISAF-Führung einem gemeinsamen deutsch-holländischen Kommando. Von Februar 2003 bis August 2004 nahm die Türkei an den ISAF-Operationen mit einem verringerten Kontingent von 300 Mann und drei Hubschraubern für Aufklärungsflüge und medizinische Evakuierungsaktionen teil. Während dieser Periode wurde am 10. August 2003 die Verantwortung für die ISAF-Operationen an die NATO übertragen und die UN-Sicherheitsrat-Resolution 1510 vom 18. Oktober 2003 brachte eine Ausweitung des – bisher auf den Raum Kabul beschränkten – ISAF-Operationsgebietes auf ganz Afghanistan. Von Jänner 2004 bis August 2006 war zudem der frühere türkische Außenminister Hikmet Cetin als höchster ziviler Vertreter der NATO in Afghanistan tätig.

Vom Februar bis August 2005 übernahm die Türkei zum zweiten Mal das ISAF-Kommando, wobei die Truppenpräsenz von 240 (einschließlich 23 aserbaidische und 23 albanische Soldaten) auf 1.430 Mann erhöht wurde. Die Türkei beteiligte sich ferner am Einsatz

von SEEBRIG (South European Brigade) als Kabul Multinational Brigade vom Februar bis August 2006 und übernahm von April bis Dezember 2007 das Kommando des zusammen mit Frankreich und Italien eingerichteten Regional Command Capital, wobei seitens Ankaras 1.200 Mann zur Verfügung gestellt wurden. Das Kommando wurde im Dezember 2007 an Italien übergeben. Am 31. Oktober 2009 übernahm die Türkei erneut für ein Jahr das Kommando Kabul unter Dislozierung von 1.794 Mann und drei Hubschraubern. Im Oktober 2010 hat sich die Türkei über entsprechendes Ersuchen der NATO bereit erklärt, dieses Kommando um ein weiteres Jahr bis 1. November 2011 zu verlängern.

Mit Stand vom Oktober 2010 betrug die türkische Beteiligung an ISAF 1.753 Mann, bei einer Gesamtstärke von ca. 40.000 Mann aus 37 Ländern. Österreich ist mit drei Mann im Rahmen des deutschen Kontingentes vertreten.

Da muss festgehalten werden, dass die türkische Teilnahme an ISAF seit Beginn nicht aus Kampftruppen bestand. Anlässlich des Gipfels in Riga im Oktober 2006 wurde seitens der NATO (treibende Kraft USA) das Ersuchen an verschiedene Allianz-Mitglieder gestellt, diese Beschränkung aufzuheben und Truppen für Kampfeinsätze gegen Aufständische im Südosten zu stellen. Die Türkei lehnte ab. Außenminister Davutoglu bekräftigte am NATO-Außenministertreffen im Dezember 2009 diese Position. und erklärte, es gebe keine Pläne für die Entsendung von Kampftruppen nach Afghanistan.

Die Türkei hat militärische Ausbilder zwecks Training der afghanischen Streitkräfte entsandt (an der Militärakademie Kabul sind z.B. zahlreiche türkische Berater tätig) und hat angekündigt, diese Hilfestellung noch ausbauen zu wollen. Zu diesem Zwecke wurde ein militärisches Trainingszentrum in Kabul eingerichtet. Desgleichen sollen die laufenden Ausbildungsprogramme für die afghanische Polizei intensiviert werden.

Ergänzend sei festgehalten, dass die Türkei nicht an der unter US-Führung seit 3. Oktober 2001 ebenfalls in Afghanistan tätigen Operation

Enduring Freedom beteiligt ist, welche mit Resolution 1368 des UN-Sicherheitsrates vom 12. September 2001 indorsiert wurde und die Bekämpfung von Terrorismus (wie seitens Al Qaida oder Taliban) zum Ziele hat.

Die grundsätzliche türkische Motivation für die Teilnahme an internationalen Friedensoperationen wurde in Abschnitt 1 dargelegt. Im Falle Afghanistans war hauptsächliche Triebfeder sicherlich das Bestreben, Solidarität mit den USA zu zeigen (Washington soll allerdings diesbezüglich erheblichen Druck ausgeübt haben), sich als treuer Verbündeter zu erweisen und so das Prestige in den USA zu erhöhen. Die Teilnahme an ISAF wurde in Ankara als gute Möglichkeit gesehen, nicht nur die strategische Allianz mit den USA zu verstärken, sondern auch den eigenen Stellenwert in den Augen der US-Administration und des Kongresses zu erhöhen, dies nicht zuletzt im Hinblick auf die notwendige Unterstützung Washingtons bei Problemen wie z.B. Zypern. Desgleichen sollte bewiesen werden, dass die Türkei den Kampf gegen den Terrorismus als prioritär ansieht, vor allem im Hinblick auf den PKK-Terror im eigenen Land, betreffend welchen stets ein grösseres internationales Engagement und Solidarität – wie etwa die Aufnahme der PKK in die Liste von Terrororganisationen – gefordert werden.

Es muss hiebei berücksichtigt werden, dass der Beschluss, Truppen nach Afghanistan zu entsenden, gegen die öffentliche Meinung in der Türkei gefasst wurde. Nach einer Untersuchung des Ankara Research Centers sprachen sich 80% dagegen aus. Auch die sich damals noch in Opposition befindliche AKP erachtete diesen Einsatz für unangebracht. Der Beschluss wurde ferner zu einem Zeitpunkt gefasst, in dem die Türkei gerade im Frühjahr 2001 eine schwere wirtschaftliche Krise zu meistern hatte (für die Übernahme des ISAF- Kommandos 2002/2003 konnte die Türkei allerdings eine finanzielle Unterstützung seitens der USA erreichen).

Die Entscheidung der Beteiligung an ISAF war allerdings nicht frei von auch wirtschaftlichen Überlegungen. In Ankara erwartete man offensichtlich, dass türkische Unternehmen sich einen beträchtlichen

Anteil am afghanischen Wiederaufbau sichern könnten. Tatsächlich haben sich Schätzungen zufolge die türkischen Exporte nach Afghanistan (insbesondere Baumaterial) zwischen 2001 und 2004 verzehnfacht und sind seither um ca. weitere 100% gewachsen.

Der Beschluss der Bereitstellung von Truppen für ISAF entsprach außerdem der Transformation der türkischen Streitkräfte und den Bemühungen um Aufbau von Kapazitäten für den Einsatz von Truppen bei internationalen Friedensoperationen im Ausland.

Wesentliches Element der türkischen Beteiligung an ISAF im Sinne eines Comprehensive Approach ist aber auch das zivile Engagement. In Entsprechung der Verbindung zwischen Sicherheit und Entwicklung und der Erkenntnis, dass militärische Operationen allein nicht zur Stabilisierung Afghanistans ausreichen, hat die Türkei diesbezüglich das umfangreichste Unterstützungsprogramm ihrer Geschichte gestartet. Zum Ausdruck kommt hierbei neben den sicherheitspolitischen und den oberwähnten wirtschaftlichen Motiven auch eine gewisse historische Verbundenheit. Schon zu Atatürks Zeiten leistete die Türkei an Afghanistan substantielle Hilfe für den Aufbau staatlicher Strukturen und beim militärischen Training für afghanische Offiziere (die afghanische Militärterminologie ist über weite Strecken türkisch).

Die Türkei ist zugunsten von Wiederaufbau und Entwicklung in 27 der 34 afghanischen Provinzen tätig, grösstenteils im Wege der Turkish International Development Agency TIKA. Hauptort der türkischen Aktivitäten ist die Provinz Wardak mit einem Provincial Reconstruction Team (PRT). Das Schwergewicht liegt hierbei auf folgenden Sektoren (Details dürfen unterbleiben):

- Gesundheitswesen: Bau bzw. Reparatur und Ausstattung sowie teilweise Betrieb von Spitalern und mobilen Kliniken,
- Erziehungswesen: Bau und Wiedererrichtung von Schulen, inklusive solcher für Mädchen, sowie von Wohnungen für Lehrer, Berufsausbildung für Frauen und die Gewährung von Stipendien,

- Bau- und Investitionswesen: Wiedererrichtung von Brücken, Asphaltierung von Strassen, Bau von Brunnen und Reparatur von Moscheen.

Die Türkei setzt hierbei ausschließlich Zivilisten sowie eine kleine Polizeitruppe zum Schutz des PRT ein – dies zum Unterschied von anderen NATO-Staaten, deren PRTs militärisch ausgerichtet sind. Auswirkung dessen ist, dass das Vertrauen der lokalen Bevölkerung zu Zivilisten grösser ist als zu Soldaten. Positiv wirkt sich auch aus, dass die Türkei in Afghanistan keine Kampftruppen im Einsatz hat. Die Aktivitäten der PRTs werden auch durch die islamische Religion deren Mitarbeiter, die bessere Anpassung an lokale Traditionen und damit den besseren Kontakt zur Bevölkerung erleichtert.

Im Sommer 2010 hat ein zweites türkisches PRT in der Provinz Jawzjan im Norden Afghanistans seine Tätigkeit aufgenommen.

Die Türkei hat ferner bei einer Geberkonferenz zugunsten Afghanistans 2006 in London und einer gleichartigen Veranstaltung 2008 in Paris jeweils US Dollar 100 Millionen für den Wiederaufbau Afghanistans zugesagt.

Zu ergänzen wäre noch, dass sich die Türkei zwecks nachhaltiger Stabilisierung Afghanistans auf politischer Ebene um Kooperation im regionalen Kontext bemüht. Die Präsidenten der Türkei, Afghanistans und Pakistans haben 2007 einen trilateralen Prozess ins Leben gerufen, welcher die Beziehungen, insbesondere auf den Gebieten Sicherheit und Wirtschaft, zwischen den beiden letztgenannten Staaten intensivieren soll. Zu diesem Anlass finden Dreier-Treffen statt, letztmals in Ankara 2009. Im Jänner 2010 war die Türkei außerdem Gastgeber des „Istanbul Summit of Friendship and Cooperation in the Heart of Asia“, welcher Afghanistan mit einer Reihe seiner Nachbarländer, anderen Staaten und internationalen Organisationen zusammenbrachte.

Neben ISAF ist die Türkei an zwei weiteren NATO-Operationen beteiligt, nämlich an:

KFOR (Kosovo Force)

KFOR wurde 1999 nach Beendigung des Kosovo-Krieges als multinationale militärische Formation unter Führung der NATO aufgestellt.

Aufgaben sind die Schaffung eines sicheren Umfeldes für die Rückkehr der Flüchtlinge gemäss UN-Sicherheitsrat-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die Überwachung, Prüfung und Durchsetzung des militärisch-technischen Abkommens und des Demilitarisierungsabkommens zwischen der NATO und der UCK vom 21. Juni 1999, die Entmilitarisierung (Waffen, Munition) des Kosovo und die Unterstützung der UNMIK (siehe Abschnitt 4).

Das ursprüngliche KFOR-Kontingent betrug ca. 50.000 Mann aus 40 Staaten und belief sich mit Stand September 2010 auf ca. 9.000.

Die Türkei beteiligt sich seit Beginn der Operation mit einer über die Jahre praktisch konstanten Stärke, welche mit Stand Oktober 2010 504 Mann betrug, hievon 12 Berater bei den Kosovo Security Forces. Damit liegt die Türkei nach Deutschland, den USA, Italien und Frankreich an 5. Stelle. Der Einsatz erfolgt in Form von zwei Infanterie-Kompanien und einer Logistik-Kompanie im Rahmen der Multinational Battle Group South (in welcher Ankara zwischen Mai 2007 und Mai 2008 das Kommando führte) und West. Außerdem nimmt die Türkei mit Soldaten und Gerät am Aviation Bataillon, der Militärpolizei und dem medizinischen Einsatzverband teil. Österreich ist per Oktober 2010 mit 450 Mann vertreten.

NATO Training Mission Irak (NTM-I)

Das Programm wurde auf Basis der UN-Sicherheitsrat-Resolution 1546 vom 8. Juni 2004 sowie über Ersuchen der irakischen (Interims) Regierung eingerichtet.

Ziel ist die Erhöhung der Kapazitäten der irakischen Armee, die Unterstützung der irakischen Kommandostruktur, Training und Ausbildung sowie die Professionalisierung der irakischen Polizei. Die Tätigkeit wird in Zusammenarbeit mit den irakischen Behörden und den USA durchgeführt.

Seit September 2007 ist die Türkei in dem Programm mit 2 Teilnehmern in Bagdad vertreten, welche türkischen Angaben zufolge bisher 274 irakische Offiziere ausgebildet haben.

In der Vergangenheit hat die Türkei an folgenden, bereits abgeschlossenen NATO-Operationen teilgenommen:

IFOR (Implementation Force)

Rechtliche Basis war die Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 15. Dezember 1995, welche die NATO ermächtigte, die seit 1992 in Bosnien-Herzegowina tätig gewesene UNPROFOR abzulösen, allerdings mit einem Mandat gemäss Kapitel VII der UN-Charter. Die Aktion unter dem Code-Namen Joint Endeavour begann am 20. Dezember 1995 und dauerte bis 20. Dezember 1996. Danach wurde das Mandat auf die SFOR übertragen (siehe nachstehend).

Ziel war die Einhaltung des Waffenstillstandes, die militärische Entflechtung der Konfliktparteien sowie der Schutz und die Versorgung der Bevölkerung. Die Stärke von IFOR betrug ca. 60.000. Die Türkei entsandte 1.450 Mann, Österreich 300.

SFOR (Stabilization Force)

Grundlage der Operation war die UN-Sicherheitsrat-Resolution 1088 vom 12. Dezember 1996, mit welcher das Mandat der IFOR (siehe oben) auf die SFOR übergeleitet wurde. Der Einsatz begann am 21. Dezember 1996 unter der Bezeichnung Joint Guard und wurde von 1998 bis 2004 als Operation Joint Forge weitergeführt. Mit Ende des

Mandates am 2. Dezember 2004 wurde SFOR durch EUFOR ALTHEA abgelöst (siehe hierzu im Abschnitt 3: Türkei-GSVP).

Hauptaufgaben waren die Verhinderung von Feindseligkeiten, die Stabilisierung des Friedens, die Normalisierung der Verhältnisse in Bosnien-Herzegowina, die Gewährleistung des Aufbaus politischer Institutionen sowie die Rückführung der Vertriebenen.

Die Stärke von SFOR war schwankend und belief sich auf maximal 30.000 und minimal 7.000 Mann. Die türkische Beteiligung betrug zwischen 1996 und 2000 1.450, bzw zwischen 2000 bis 2004 650 Mann. Österreich entsandte zunächst ein Kontingent von 300, welches in der Folge stark reduziert wurde, gegen Ende der Operation aber wieder 250 Mann erreichte.

Essential Harvest

Es handelte sich um eine NATO-Mission in Mazedonien zwecks Entwaffnung der albanischen Gruppen, wie z.B. der National Liberation Army NLA. Die Operation begann am 27. August 2001 und war für 30 Tage angesetzt. Bis zu 4.800 Mann kamen zum Einsatz. Die Türkei entsandte 100 bis 120 Soldaten. Österreich war nicht vertreten.

Amber Fox

Diese war die Nachfolge-Operation von Essential Harvest. Rechtliche Basis war ein Ersuchen des mazedonischen Präsidenten Trajkowski vom 18. September 2001 an die NATO um militärische Präsenz, welche nach Abschluss von Essential Harvest einen zusätzlichen Beitrag zur Sicherheit der im Lande tätigen internationalen Beobachter leisten sollte. Die Operation wurde am 26. September 2001 durch den NATO-Rat gebilligt und durch Resolution des UN-Sicherheitsrates 1.371 des gleichen Tages indorsiert. Der Zeitraum der Tätigkeit war der 27. September 2001 bis 15. Dezember 2002 (Ablöse durch Allied Harmony – siehe nachstehend).

Die Stärke von Amber Fox betrug 700 Mann, davon vier aus der Türkei. Österreich beteiligte sich nicht.

Allied Harmony

Diese Operation trat am 16. Dezember 2002 die Nachfolge von Amber Fox an. Sie sollte Mazedonien in die Lage versetzen, die Sicherheit im gesamten Lande mit eigenen Mitteln zu gewährleisten. Die Tätigkeit dauerte bis 31. März 2003 und wurde auf Basis einer Entscheidung des NATO-Rates vom 17. März 2003 von der GSVP-Mission FYROM CONCORDIA weitergeführt (siehe hierzu unter Abschnitt 3: Türkei GSVP).

Die Mannschaftsstärke belief sich auf 450, die Türkei entsandte drei Vertreter. Österreich nahm nicht teil.

6. Schlussbemerkungen und Ableitungen

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass – wie in Abschnitt 2 angeführt – das derzeitige aktive türkische Engagement in internationalen Friedensoperationen die neue dynamische Linie der Außenpolitik Ankaras widerspiegelt. Das Niveau entspricht demjenigen anderer europäischer Staaten bzw. überschreitet dieses teilweise. Für die – zumindest nähere – Zukunft ist nicht mit wesentlichen Veränderungen zu rechnen.

Ein deutliches Charakteristikum der Teilnahme der Türkei an internationalen Friedensoperationen ist die Tatsache, dass substantielle Beiträge zu diesen vor allem in Ländern mit moslemischer Bevölkerung (oder zumindest einem großen Anteil an dieser) geleistet werden, wie auf dem Balkan, im Libanon und in Afghanistan.

Wie obstehend bereits festgehalten, sollen hiebei die Verbundenheit mit jener und ein gewisses „Verantwortungsbewusstsein“ zum Ausdruck kommen. Die Türkei hat außerdem erkannt, dass ihre an Friedensoperationen teilnehmenden Soldaten und Zivilisten zu den islamischen Glaubensbrüdern angesichts des besseren Verständnisses und des Eingehens auf deren Kultur und Tradition einen leichteren Zugang finden und ihnen grösseres Vertrauen entgegengebracht wird als im Falle der Angehörigen westlicher Staaten. Tatsächlich ist es der Türkei gelungen, ihr Engagement im militärischen, vor allem aber im zivilen, insbesondere humanitären Bereich und auf dem kulturellen Sektor (etwa durch die Wiederherstellung religiöser oder historischer Stätten) glaubhaft zu gestalten. Allerdings führt dies immer wieder zu einer deutlichen Bevorzugung moslemischer Einrichtungen, wie etwa der Unterstützung von Schulen und Spitälern, sowie auch einer massiven Hilfestellung für die kleine türkische Minderheit im Kosovo. Manche Beobachter, vor allem auf serbischer Seite, vermuten hinter all dem über die eigentlichen Aufgaben der Missionen hinausgehende Tätigkeiten, wie islamistische Aktivitäten und undurchsichtige Geldflüsse.

Das Image der türkischen Teilnehmer an internationalen Friedensoperationen trägt nicht zuletzt auch zu deren Sicherheit bei. In Afghanistan etwa hat sich gezeigt, dass die Mitarbeiter der Provincial Reconstruction Teams erheblich weniger Attentaten ausgesetzt sind, als Vertreter anderer Staaten.

Es wurde im Rahmen dieses Papiers bereits ausgeführt, dass die türkische Beteiligung an Friedensoperationen auch nicht unbeträchtliche wirtschaftliche Vorteile im Sinne der Steigerung der Exporte in die jeweiligen Einsatzländer zur Folge hat. Die verstärkten türkischen Investitionen in letzteren tragen andererseits in positiver Weise zum Wiederaufbau bei. Ein Vertreter einer NGO aus dem Kosovo bemerkte hierzu allerdings, das türkische Engagement sei an sich willkommen, man fürchte jedoch manchmal eine „Überwucherung“ und eine Art Abhängigkeit der eigenen Wirtschaft.

Tatsache ist, dass die Teilnahme der Türkei an internationalen Friedenseinsätzen der EU, der UN und der NATO in Ländern mit starker islamischer Bevölkerungsgruppe, wie etwa Bosnien-Herzegowina oder dem Kosovo, zu deren Akzeptanz beigetragen hat. Die Beteiligung eines islamischen Landes wie der Türkei kann auch, etwa in Afghanistan, mithelfen, dass die Friedensoperationen von der lokalen Bevölkerung nicht als quasi Clash of Civilizations empfunden werden. In moslemischen Staaten sind bei der, für den Erfolg der Aktion notwendigen Interaktion mit der Bevölkerung Soldaten und Zivilisten der gleichen Religion besser geeignet, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu erwerben, als „Ungläubige“. In diesem Sinne können sie grösseren Einfluss ausüben und die Leute vor Ort z.B. von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Terrorismus überzeugen.

Bei der Stabilisierung von Ländern wie Afghanistan spielt der die dortige Gesellschaft prägende islamische Faktor eine wichtige Rolle. Beim Neuaufbau staatlicher ziviler Strukturen, insbesondere dem Erziehungswesen, können moslemische Staaten, wie die Türkei, einen wesentlich effizienteren Beitrag leisten. Westlichem Einfluss wird im allgemeinen Misstrauen und Ablehnung entgegengebracht. Länder wie die Türkei sind geeignet, hierbei eine Federführung zu übernehmen, da

sie sowohl ein westlich demokratisches und säkulares Gesellschaftssystem vertreten, als auch über besseres Einfühlungsvermögen betreffend die lokale Bevölkerung und deren Tradition und Kultur verfügen.

Von EU-Seite wird die Zusammenarbeit mit der Türkei bei GSVP-Operationen als positiv und konstruktiv bezeichnet. Im Rahmen von EUFOR ALTHEA suche die Türkei beispielsweise nicht, ihre Stellung als zweitgrösster Beitragsstaat für die Erlangung hoher Positionen zu nutzen und akzeptiert die EU-Haltung, dass gewisse hohe Kommandostellen im Sinne der Aufrechterhaltung des Charakters als EU-Mission nicht Drittstaaten übertragen werden können. Dies gilt auch für die Operationen EUPM BiH und EULEX Kosovo. In letzterer Mission behindert nach EU-Angaben die türkische Position bzw. die Problematik betreffend die Kooperation zwischen der EU und der Allianz (siehe hiezu grundsätzlich in Abschnitt 5: Türkei – NATO) die Zusammenarbeit EULEX – KFOR, doch akzeptiert man seitens Ankaras, dass eine gewisse Zusammenarbeit vor Ort stattfindet. In EUPM BiH wird die gute berufliche Qualifikation der drei türkischen Polizisten hoch bewertet, ebenso wie die Tatsache, dass die Türkei eine Reihe von Trainingsaktivitäten für die lokale Polizei finanziert.

Auf militärischem Gebiet wird allgemein sowohl von Seiten der EU, als auch der UN und der NATO der hohe professionelle Standard der türkischen Offiziere und Soldaten geschätzt. In diesem Sinne als nicht nachvollziehbar und quasi irrational bezeichnen Beobachter die seitens mancher NATO-Kommandanten gelegentlich geäußerten Zweifel an der Fähigkeit der türkischen Kontingente, gewisse Geräte, wie etwa die medizinische Ausrüstung von Rettungshubschraubern, ordnungsgemäss zu bedienen. Festzuhalten ist auch die Tatsache, dass – zum Unterschied zu EU-Mitgliedstaaten, welche meist Kadernsoldaten zu den GSVP-Missionen entsenden – auf türkischer Seite Wehrpflichtige mit beruflichem Fachwissen zum Einsatz kommen, was etwa bei Wiederaufbauarbeiten positiv zum Tragen kommt.

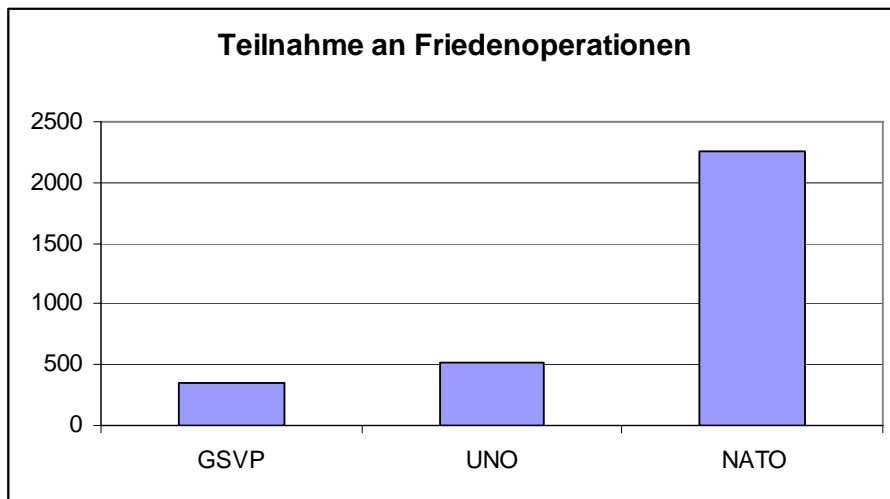
Erschwerend für die Kooperation im Einsatzgebiet selbst ist in der Praxis manchmal die Tatsache, dass die türkische Entscheidungskette

zentralistisch nach oben ausgerichtet ist. Dies lässt den lokalen Kommandanten wenig Spielraum bzw. Flexibilität und erfordert immer wieder Rückfragen an höherer Stelle. Feststellbar ist auch eine Tendenz Ankaras zur Autarkie in Form der möglichst selbständigen Deckung des eigenen Bedarfes. Dies führt dazu, dass die türkischen National Support Center weit umfangreicher ausgerüstet sind als diejenigen anderer Staaten. In diesem Sinne fordern türkische Bodentruppen notwendigenfalls auch lieber die Unterstützung durch eigene Flugzeuge an, als jene näher stationierter, an der gleichen Operation beteiligter Einheiten anderer Länder in Anspruch zu nehmen.

Hinsichtlich der Kooperation zwischen Österreich und der Türkei bei internationalen Friedensoperationen werden die gemachten Erfahrungen seitens österreichischer Experten grundsätzlich als positiv beurteilt. Ankara bringt Österreich Vertrauen entgegen, da ein Konkurrenzverhältnis etwa in der NATO nicht besteht und sich die Türkei keinen „Großmachtallüren“ Wiens ausgesetzt fühlt. Die Türkei beurteilt die Zweckmäßigkeit einer Kooperation mit den Kontingenten anderer Staaten vor Ort nach deren Professionalität. Die gute bilaterale Zusammenarbeit Wien-Ankara, etwa in Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo, stößt in diesem Sinne gelegentlich in denjenigen Fällen an ihre Grenzen, in welchen die österreichische Ausrüstung nicht NATO-Standard erreicht.

Insgesamt hat sich die Türkei nach Ansicht der Beobachter als positiver Faktor in internationalen Friedensoperationen erwiesen. Österreich sollte eine verstärkte Zusammenarbeit anstreben, insbesondere in Einsatzgebieten, in welchen die Türkei als Land mit einer islamischen Bevölkerung und Österreich auf Grund seines Ansehens, also etwa im Nahen Osten und auf dem Balkan einen hohen Stellenwert haben, aus welchem Synergieeffekte erzielt werden könnten.

Derzeitige Beteiligung der Türkei an internationalen Friedensoperationen



Tabellarische Übersicht

	Vertreter
GSVP	
EUFOR ALTHEA	279
EUPM BiH	4
EULEX KOSOVO	62
UNO	
UNIFIL	375
UNMIK	1
MINURCAT	3
UNAMA	1
UNMIS	34
UNOCI	16
UNMIL	30
MONUSCO	15
MINUSTAH	35
UNMIT	15
NATO	
ISAF	1.753
KFOR	504
NATO Training Mission Irak	2

Quellennachweis

H. T. Oguzlu, U. Güngör : Peace Operations and the Transformation of Turkey's Security Policy, Contemporary Security Policy, Vol. 27 (3), 2006

A. Karaosmanoglu, M. Kibaroglu : Defense Reform in Turkey, East West Institute, 2003

Jin Woo Kim: The Motivations of Turkey and South Korea for Sending Troops to Peace Operations: UNOSOM II, UNIFIL II and ISAF, Department of International Relations, Bilkent University Ankara, 2010

J. Soeters, E. Tanercan, K. Varoglu, U. Sigri : Turkish-Dutch Encounters in Peace Operations, International Peace Keeping, Vol. 11, Nr. 2, 2007

U. Stahnke: Der islamische Faktor beim Einsatz in Afghanistan, Europäische Sicherheit, Vol. 7/2009

Türkisches Außenministerium

Türkisches Verteidigungsministerium

EU-Ratssekretariat

Vereinte Nationen, New York

Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten